

Bald werden wir sein ein Gespräch

Zu einem Seminar über Meinungsfreiheit habe ich Thilo Sarrazin und Marc Jongen eingeladen. Meine Universität hat mir dafür die Mittel gestrichen. Warum ich trotzdem an der Einladung festhalte. *Von Dieter Schönecker*

Das imperium paternale schlägt zurück. Seit bekannt wurde, dass ich im Rahmen eines Seminars zur Meinungsfreiheit auch den AfD-Politiker Marc Jongen und Thilo Sarrazin zu universitätsöffentlichen Vorträgen eingeladen habe (F.A.Z. vom 19. Oktober), begegne ich vernünftiger Kritik, bin aber auch Ziel-scheibe von Dogmatismus und Denunziation. Nur wenige machen ihren Kopf frei für den eigentlich nicht schweren Gedanken, man könne tatsächlich einen Redner einladen, ohne ihm zuzustimmen. Ich bin jedenfalls genötigt, hier noch einmal ausdrücklich festzuhalten: Ich habe absolut nichts zu schaffen mit der AfD oder irgendwelchen anderen rechten oder rechtsextremen Gruppierungen. Ich stehe in der Tradition der Rechtsphilosophie Kants, meine Sache ist die der Freiheit.

In der Veranstaltung geht es um die Philosophie und Praxis der Meinungsfreiheit. Dazu rechne ich auch die Redefreiheit, die Wissenschafts- und Lehrfreiheit und schließlich die Freiheit der Kunst. Über die Meinungsfreiheit – und nicht etwa über den Islam oder die Flüchtlingskrise – halten Sarrazin und Jongen ihre Vorträge. Zur Grundlegung lesen wir Mills Freiheitsschrift und einen zeitgenössischen Text. Lesen werden wir vorab auch die Redemanskrifte, nicht zuletzt um auszuschließen, dass die Redner den Vortrag zu anderem nutzen als zur Debatte über die Grenzen der Redefreiheit. Übrigens habe ich ein gutes Dutzend Personen aus dem linken Spektrum eingeladen, auch von meiner Universität. Mit einer Ausnahme kamen nur Absagen, oft explizit mit Verweis auf Sarrazin und Jongen. Später habe ich auch alle professoralen Mitglieder des Fakultätsrates sowie die Mitglieder des Dekanats eingeladen, einen Vortrag zu halten, nachdem ein Redner abgesagt hatte. Es gab keine Reaktion.

Zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion bin ich, ohne zu zögern, bereit, vorausgesetzt, sie dient nicht als Ersatz für meine Lehrveranstaltung. Tatsächlich habe ich ein solches Forum auch schon selbst ins Gespräch gebracht. Und nicht nur das, im April dieses Jahres habe ich gemeinsam mit den Kollegen des Philosophischen Seminars einen gut besuchten Diskussionsabend über „rechtes Denken an der Universität“ veranstaltet.

Ein paar Nebelkerzen sind schnell gelöscht. Nichts ist verkehrt daran, auch Personen aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich an eine Universität einzuladen. Das ist durchaus üblich. Dass Thesen rational oder methodisch korrekt sein müssen, um an einer Universität vertreten werden zu dürfen, klingt zu schön, um wahr zu sein, und es ist natürlich auch nicht wahr. In manchen Disziplinen werden Thesen aufgestellt, für die andere nur Hohn und Spott übrig haben. Unbestritten ist schließlich, dass ein Lehrstuhl nicht zur Kanzel für Weltanschauungen werden darf, auch wenn die Grenzen zwischen wissenschaftlicher Analyse und politischem Engagement zuweilen fließend sind. Nur sofern ich mich in und mit meinem Seminar für die Meinungsfreiheit engagiere, ist es politisch. Aber dadurch wird es nicht unwissenschaftlich.

Kommen wir zum Kern der Sache. Natürlich hat niemand als Bürger oder Bürgerin ein Recht, an der Universität zu sprechen. Ich darf ja auch nicht im Bundestag reden. Aber ich habe durch meine Wissenschafts- und Lehrfreiheit grundsätzlich das Recht, Menschen das Rederecht an der Universität zu erteilen. So wenig, wie Meinungsfreiheit einfach nur die Abwesenheit von Zensur ist, sondern auch durch Sanktionen beschränkt werden kann, die das physische, psychische und sozial-ökonomische Wohlergehen derjenigen beschädigen, die eigentlich ihre Meinung kundtun wollen und dann zur Selbstzensur greifen, so wenig ist Lehrfreiheit einfach nur die Abwesenheit des Verbots, ein Seminar abzuhalten. Wer, wie die Universitätsleitung, mir untersagt, meine Haushaltsmittel zur Finanzierung des Seminars zu verwenden, schränkt meine Wissenschaftsfreiheit ein, auch wenn er sich zugleich zu ihr bekennt. Nur die Lippen ehren hier, aber das Herz ist fern. Wer ein akademisches Klima schafft, aus dem heraus ein Kollege mir eine „letzte Warnung“ zukommen lässt, der macht es fast unmöglich, sich ohne Schere im Kopf im akademischen Umfeld zu bewegen – und ohne die Sorge, für alle Zeiten bei Bewerbungsverfahren und Drittmittelanträgen schon in der ersten Runde zu scheitern.

Sarrazin war Gegenstand einer hitzigen Debatte über Meinungsfreiheit. Das macht ihn interessant für Fragen der praktischen Urteilskraft. Jongen ist promovierter Philosoph und Politiker, eine für den Gegenstand reizvolle Personal-

union. Muss man deswegen mit ihnen an einer Universität reden? Man muss nicht. Aber man darf. Drei Argumente: Erstens ist es inkonsistent, universitäre Vorträge von Rechten zu verhindern, die von Linken aber nicht. Viele Kolleginnen und Kollegen vertreten radikale Positionen zu den Themen offene Grenzen, Rassismus und Kolonialismus, Geschlechterforschung, und sie laden dazu entsprechend ein. An meiner Universität hat es jahrelang ein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung finanziertes Graduiertenkolleg gegeben. Vor kurzem war Sahara Wagenknecht, deren Positionen für einen Liberalen nicht weniger extrem sind als die Jongens für eine Universalistin, zu einem Vortrag bei uns eingeladen. Sicher darf man sie einladen, aber dann auch Jongen. Die Redefreiheit wird von denen selbst in Anspruch genommen, die sie anderen streitig machen. Darin steckt ein Widerspruch.

Zweitens will ich nicht behaupten, dass es keine Grenzen für Meinungsfreiheit gäbe, gerade auch an der Universität. Freiheit ist nicht gesetzlos. Aber diese Freiheit ist ein sehr hohes Gut, das, wenn überhaupt, nur in extremen Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf. Zu solchen Ausnahmefällen als notwendigen Bedingungen gehört die sehr seltene und überhaupt nur durch Öffentlichkeit zu gewinnende Gewissheit, im Besitz der Wahrheit zu sein.

Viele der neuen Gralshüter sind sich anscheinend nicht bewusst, worauf ihre Verbote schon in vorletzter Konsequenz hinauslaufen – oder aber sie wollen genau dies. Wer etwa die These, dass es evolutionär bedingte Unterschiede zwischen Bevölkerungsgruppen (Ethnien) gibt, für Rassismus und die Überzeugung, dass angeborene Intelligenzunterschiede relevant sind, für Eugenik hält, darf auch mit einem weltweit einflussreichen Intellektuellen wie Steven Pinker nicht reden. Und wer die These, dass Menschen nur in intersubjektiven Wertgemeinschaften und nicht in abstrakten Verfassungsgesellschaften existieren können, für nationalstisch hält, darf auch einen international angesehenen Philosophen wie Alasdair MacIntyre nicht zu Vorträgen über Patriotismus einladen. Solcher Wille zur Exklusion hat vor Jahren dazu geführt, dass Peter Singer, ein australischer Philosoph, der sehr umstrittene Thesen zum Wert ungeborenen und behinderten Lebens vertritt, nicht an deutschen Universitäten vortragen durfte. Philosophisch bin ich ein scharfer Gegner von Singers Positionen, aber trotzdem würde ich mich vehement dafür einsetzen, dass er sie an einer Universität äußern darf. Und wer mit Singer redet, darf Sarrazin und Jongen nicht den Rücken zuwenden.

Was zählen sollte, ist (höchstens) das Grundgesetz, nicht irgendwelche „Grundwerte“, die sich die Universität in politischer Selbstherrlichkeit gibt, als wäre sie der Asta. (Das gilt übrigens auch für die philosophischen Gesellschaften, die die Wissenschafts- und Lehrfreiheit nicht für politische Privatmeinungen opfern sollten.) Viele der Thesen Sarrazins verdienen grundsätzliche und scharfe Kritik, aber sie verdienen sie eben auch, die Auseinandersetzung lohnt sich (was auch Hans-Ulrich Wehler und Gerhard Schurz so gesehen haben).

Nehmen wir, drittens, einmal an, es lohnte sich nicht, Sarrazin und Jongen wären nationalstische Rassisten, die nur Mist von sich geben. Könnte es nicht dennoch eine akzeptable Strategie sein, ihnen gerade deswegen öffentlich mit Argumenten zu begegnen? Wäre nicht die Universität dafür der prädestinierte Ort? Und dürfte ein Wissenschaftler nicht ebendiese Strategie verfolgen, ohne verdächtigt zu werden, selbst Rassist zu sein? Niemand weiß, welche konkreten Maßnahmen den Rassismus letztlich verhindern oder befördern. Nimmt man an, Sarrazin und Jongen wären Rassisten, dann könnten ihre Vorträge rassistischen Tendenzen weiter den Boden bereiten. Das ist möglich. Mindestens genauso plausibel ist aber die Annahme, dass mehr Menschen als vorher erkennen, wie unhaltbar ihre Positionen sind – und zwar gerade deshalb, weil sie diese dann nicht in Gesinnungszirkeln äußern, sondern an einer Universität.

Die Universität droht sich einen Echoraum zu schaffen, der wichtige Quellen des Fortschritts – Kritik und Austausch, Streit und Zweifel – versiegen lässt. Nicht jeder verdient es, eingeladen zu werden. Aber ich habe nicht Björn Höcke eingeladen und auch nicht Frank Franz. Der Mangel an Urteilskraft, sagt Kant, ist eigentlich das, was man Dumme nennt. Ist diesem Gebrechen wirklich nicht abzuhelfen?

Dieter Schönecker ist Professor für Philosophie an der Universität Siegen.



Ungewisse Zukunft: Studenten protestieren für den Erhalt der Central European University in Ungarn.

Foto AFP

Im Auge des Sturms

Orbán's Opfer: Die Central European University steht in Ungarn vor dem Aus und zieht wohl nach Wien

Ein wenig ist ihm anzumerken, wie sehr dieser monatelange Kampf an ihm zehrt. „Wir schaffen das“, sagt er mit matter Stimme. Dann holt er Luft, setzt noch einmal neu an, diesmal aber mit Kraft und Nachdruck, ausruhend und fragend zugleich: „Wir schaffen das! Richtig?“

Michael Ignatieff war einst Oppositionsführer in Kanada und Vorsitzender der Liberalen Partei Kanadas, derselben Partei, der auch der heutige Premierminister Justin Trudeau angehört. Seit mehr als zwei Jahren lebt er aber in Ungarn, ist Präsident und Rektor der Central European University (CEU). Einer Universität, die unter Ministerpräsident Viktor Orbán zunehmend unter Druck geraten ist – und nun aus dem Land gedrängt wird. Eine Universität mitten in Europa. Ignatieff steht vor der großen Herausforderung, sein nächstes Jahr in ein anderes Land zu überführen. Von Ungarn nach Österreich, von Budapest nach Wien, 214 Kilometer weit. „Das ist politischer Vandalismus“, sagt er.

Das, was er als politischen Vandalismus bezeichnet, geht auf ein Gesetz aus dem Jahr 2017 zurück, mit dem Orbáns Regierung ausländischen Universitäten vorschreibt, zusätzlich zu ihrem ungarischen Standort auch einen in ihrem Herkunftsland zu unterhalten. Also ging die CEU eine Partnerschaft mit dem New Yorker Bard College ein. Dort wurde auch

schon vor einem Jahr ein bilaterales Abkommen unterzeichnet. Nur eine Unterschrift fehlt noch, die von Orbán. Die ungarisch-amerikanischen Beziehungen dürften nicht leiden, sagte Orbán unlängst. Dennoch rührt er sich einfach nicht. Auf die Frage, wann Ungarn das bilaterale Abkommen mit dem amerikanischen Staat New York über die CEU unterzeichnen werde, sagte er vor Kurzem: „Wenn die Zeit reif ist.“ Was auch immer damit gemeint ist.

Ohne eine Unterschrift aber kann die erst 1991 mit finanzieller Unterstützung des von Orbán verachteten ungarisch-amerikanischen Milliardärs George Soros gegründete Universität in Ungarn nicht fortdauern. Deadline ist der erste Dezember. „Wenn wir kein Abkommen mit der ungarischen Regierung zustande bekommen, hat das zur Folge, dass eine freie Institution aus ihrem Zuhause, aus einem europäischen Staat, gedrängt wird. Das ist ein Skandal! Und ein sehr schlechtes Omen für die Zukunft der europäischen Werte wie der akademischen Freiheit“, sagt Ignatieff. „Wir sind nicht Orbáns Opposition, wir sind keine NGO, sind weder eine politische Partei noch eine politische Bewegung. Wir sind eine Universität.“ Eine gute sogar, die in der Wissenschaft großes Ansehen hat.

Geschieht kein Wunder, wonach es nicht aussieht, zieht die CEU also nach Wien, wo sie schon vor Monaten einen Standort aufgebaut hat, als Plan B. Ihren Campus will sie aber nicht verkaufen. Nur, was geschieht mit den Studenten, den Professoren, dem Personal? „So ein Wegzug, ob teilweise oder ganz, ist natürlich wahnsinnig komplex“, sagt Nadia Al-Bagdadi, Professorin an der historischen Fakultät. „Es ist nicht so, wie wenn man ein Café schließt und dann auf der anderen Seite der Grenze wieder eines aufmacht.“ Optimistisch, dass sich noch etwas erbege, sei sie nicht. „Unseren Studenten sind sehr verunsichert“, sagt sie. Vor allem diejenigen, die sich nun bewerben, und diejenigen, die ein zweijähriges Masterstudium absolvieren, blicken in eine ungewisse Zukunft. Wer hingegen ein einjähriges Studium absolvierte, werde dieses auch noch abschließen können. Dafür hat sich die Universität verbürgt.

Al-Bagdadi sucht nun mit ihren Kollegen in Tag- und Nachtschichten nach Lösungen, die Studenten zu beruhigen und den Konflikt mit der Regierung einzuordnen in das, was er für sie ist: den Kampf um die Freiheit der Wissenschaft. „Die Universität steht fest zusammen und lässt sich nicht zermalmen.“ Eine ungläubliche Belastung sei die Situation aber schon, für alle Kollegen und Mitarbeiter, die sich ein Leben in Ungarn aufgebaut

haben. Denn unter den Studenten und Lehrkräften sind viele Ausländer. Eine so gute Universität zu verlieren, das könne, das dürfe Europa nicht zulassen. „Wenn das mit der CEU durchgeht als Präzedenzfall, muss einem klar sein, dass es nicht der letzte Fall sein wird. Wir sagen ja immer, die Hoffnung stirbt zuletzt. Aber in diesem Fall“, sagt Al-Bagdadi und stockt: „Es ist alles sehr schmerzhaft.“

Bei Michael Ignatieff sind mittlerweile schon mehr als 500 Briefe eingetroffen, aus aller Welt haben sich Kollegen anderer Universitäten gemeldet und ihre Solidarität bekundet. „Wir hatten also nicht zu wenig akademische Unterstützung. Wir hatten nur zu wenige europäische Regierungschefs, die auf den Tisch gehauen haben, um dem Ministerpräsidenten zu sagen, dass er diesen Nonsens stoppen soll“, sagt er. „Es ist absurd. Die Europäer müssten eigentlich sauer sein. Und die Deutschen auch. Denn es ist schlecht für die europäischen Wissenschaften, es ist schlecht für die europäischen Universitäten, es ist schlecht für die europäischen Werte, es ist schlecht für alle.“

An diesem Mittwoch und Donnerstag trifft sich die Europäische Volkspartei in Helsinki, um ihren Spitzenkandidaten für die Europawahl zu küren. Zur EVP gehört auch Orbáns Fidesz. Eine letzte Gelegenheit, Ungarns Regierung zur Einsicht zu bewegen. TIM NIENDORF

Er konnte alles außer Hochdeutsch

Einzigartige Quelle: Das „Lautdenkmal der Mundarten“ versammelte alle Dialekte zur Zeit der NS-Diktatur

Am 30. Juni 1937 empfing Adolf Hitler in der Reichskanzlei ein verspätetes Geburtstagsgeschenk. Abgesandte des Reichsbundes der Deutschen Beamten präsentierten ihm das „Lautdenkmal der reichsdeutschen Mundarten“ – eine Sammlung von 300 Schellackplatten mit Aufnahmen von Dialektprechern aus allen Gebieten des Reiches. Verstaubt waren die Tonträger in einem fünf Zentner schweren, aufwendig gearbeiteten Holzschrank mit eingebautem Abspielgerät. Die aufgeklappten Flügeltüren des mannshohen Schreins zeigten eine als Einlegearbeit gefertigte Landkarte mit den Aufnahmeorten. Auf Initiative des Reichsbeamtenführers Hermann Neef hatte ein Team aus Dialektologen und Tontechnikern in einem Aufnahmewagen der Telefonen über mehrere Monate hinweg Dörfer und Kleinstädte zwischen der Nordsee und den Alpen angesteuert, um dort ausgewählte Bauern, Handwerker und Arbeiter ins Mikrofon sprechen zu lassen.

Die Themen der dreieinhalbstündigen Aufnahmen reichten vom Brauchtum über den Arbeitsalltag bis zu den „Errungenschaften“ des NS-Regimes. Im Jahr darauf wurden noch neunzig weitere Dialektaufzeichnungen in Österreich und im Sudetenland angefertigt. Der Schrank existiert offensichtlich nicht mehr, aber mehrere Sätze der Plattenserien sind erhalten, außerdem gibt es einen Tonbandumschnitt aus den sechziger Jahren. Die akustische Qualität der Aufnahmen – angefertigt nach dem damals neuesten Stand der Technik – ist hoch und macht das Lautdenkmal zu einem sprachhistorisch einmaligen Dokument. Mit wenigen Ausnahmen aus den späten zwanziger Jahren gibt es sonst keine dialektalen Klangzeugnisse aus dieser Zeit, weder in Umfang noch in Güte. Ein Teil der aufgezeichneten Dialekte – zum Beispiel aus dem Sudetenland, aus Schlesien oder Ostpreußen – existiert heute gar nicht mehr oder nur noch in Resten.

Die Platten dokumentieren eine interessante Schwellenzeit: Hörfunk und Tonfilm entwickelten sich in den dreißiger Jahren zu Massenmedien, und das standardisierte Hochdeutsch, das sie nun bis in den letzten Winkel verbreiteten, begann die Mundarten zu überformen. Aber auch ideologiegeschichtlich ist das Lautdenkmal eine Quelle ersten Ranges, an der sich die Instrumentalisierung der Dialekte und ihrer Sprecher für Zwecke völkischer Propaganda untersuchen lässt. Trotzdem haben in den vergangenen Jahrzehnten nur sehr wenige Wissenschaftler das Material für Forschungen genutzt. Eine systematische Erfassung fehlt. Vorarbeiten hat der Sprachwissenschaftler Christoph Purschke von der Universität Luxemburg in den vergangenen Jahren bereits geleistet (www.lautdenkmal.de). Jetzt ist er dabei, Kollegen für das Gemeinschaftsprojekt einer digitalisier-

ten und kommentierten Edition des Lautdenkmals zu gewinnen. Das stößt auf Schwierigkeiten, weil etliche Unterlagen vernichtet wurden – teilweise durch Kriegseinwirkungen, teilweise wohl auch, weil Beteiligte nach Kriegsende belastendes Material loswerden wollten.

Allerdings gibt es immer wieder überraschende Entdeckungen. Erst kürzlich wurde im Marburger Forschungszentrum Deutscher Sprachatlas ein Konvolut von etwa hundert Fotos gefunden, die das Aufnahmeteam in Aktion zeigen. Aus den erhaltenen Korrespondenzen und Aufzeichnungen geht hervor, dass sich der Beamtenbund bei der Vorbereitung und der Auswahl der Sprecher seine Kontakte zu Bürgermeistern, Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern und örtlichen Parteifunktionären zunutze machte, Informanten als Sprecher empfahl. Bei der Auswahl der Ortschaften ging es vor allem darum, die Viel-

falt der Mundarten abzubilden, aber auch politische Kriterien spielten eine Rolle. So fuhr der Telefonkswagen nach Braunau am Inn oder in den schleswig-holsteinischen Adolf-Hitler-Koog, der für die Blut- und Boden-Propaganda eine wichtige Rolle spielte.

Zwar behaupteten die Initiatoren des Lautdenkmals, ihre Gewährleute redeten frei von der Leber weg, aber die Höreindrücke sprechen dagegen. Oft gehen spontan wirkende Gesprächsanfänge in Passagen über, deren Sprachduktus und Inhalt eine dahinterstehende Regie verraten. So, wenn ein Plattdeutscher plötzlich von der Verteidigung der „Dithmarscher Fräiheit“ gegen „de Systemregierung“ redet, zwei fränkische Flößer anfangen, über die „aufn deutschn Stroum“ fahrende Volksge-meinschaft zu philosophieren und sich hoffnungslos in der offenbar vorgegebenen Metaphorik verhaspeln oder ein Sprecher seinen Dialogpartner auffordert, doch mal nach draußen zu blicken, wo „diä Hakenkreuzfohma“ wehen.

Die fremd wirkenden Einsprengsel von Parteijargon in den Aufnahmen wurden zu Beweisen für die Lebendigkeit der Mundarten erklärt. Die gleichgeschaltete Presse feierte das Lautdenkmal ausgiebig und berichtete von einem hochehrten „Führer“. Abseits der offiziellen Verlautbarungen wurde allerdings kolportiert, dass sich Hitler hinter den Kulissen abfällig über den Plattenschränk geäußert habe. Belege dafür gibt es nicht, doch dass ihm das Geschenk wirklich gefiel, ist trotzdem zweifelhaft.

Hitler war kein Freund der Dialekte, denn sie waren für ihn antiquierte Hindernisse auf dem Weg zu einem effizienten, international herrschaftstauglichen Einheitsdeutsch, ähnlich wie die Fraktur- und die deutsche Kurrentschrift, die er abschaffte. Und für den völkischen Wert war in seinem Weltbild ohnehin nicht die Sprache entscheidend, sondern die „Rasse“. WOLFGANG KRISCHKE



Kein Präsent nach Hitlers Geschmack: der Dialektschränk

Foto Ullstein